

**Das Kommunistische Manifest
(Manifest der Kommunistischen
Partei) von Karl Marx und Friedrich
Engels.**

Von der Erstausgabe zur Leseausgabe.
Mit einem Editionsbericht von
Thomas Kuczynski
(Schriften aus dem Karl-Marx-Haus
Trier, Nr. 49),
Karl-Marx-Haus Trier 1995,
262 S. (38,00 DM)

Das Karl-Marx-Haus Trier legt in seiner grünen Schriftenreihe eine für die Geschichte der frühsozialistischen Literatur überaus bedeutungsvolle und zugleich interessante Dokumentation vor. Nachdem im Jahre 1963 Bert Andréas eine umfassende »Manifest«-Bibliographie¹ veröffentlicht hat, möchte man meinen, daß nur noch marginale Ergänzungen zur Geschichte dieser Edition gegeben werden können. Wer jedoch die vorliegende Arbeit in die Hand nimmt, ist überrascht, welche Fülle von neuem Material hier unterbreitet wird. Aber auch ungeklärte Fragen werden aufgeworfen, die weitere Forschungen und Recherchen geradezu provozieren.

Natürlich konnte der Autor des Editionsberichts vor drei Jahrzehnten, als er mit dieser Arbeit begann, nicht ahnen, welche politische Brisanz diese Edition heute besitzt. Angesichts des Scheiterns des sozialistischen Versuchs in Mittel- und Osteuropa gab es in den letzten fünf Jahren massive Versuche, Marx und Engels zur Persona non grata zu erklären und somit aus dem heutigen Bewußtsein zu verdrängen. Die im Jubiläumsjahr von Engels erschienene Arbeit wird dazu beitragen, sein und Marx' hinterlassenes Gesamtwerk als geistiges und kulturelles Erbe historisch einzuordnen, unvoreingenommen zu diskutieren und zu bewerten.

Das vorliegende Buch ist in drei Abschnitte gegliedert. Im ersten Teil wird das »Manifest der Kommunistischen Partei« in seiner Erstausgabe von 1848 seiten- und zeilenidentisch mit dem Original präsentiert. Ihm folgt der Editionsbericht, in dem detailliert die Entstehungsgeschichte der 23seitigen und der folgenden Ausgaben einschließlich der Textvari-

anten sowie die zu Lebzeiten von Marx und Engels vorgenommenen Übersetzungen beschrieben werden. Im abschließenden dritten Teil unterbreitet T.K. den Vorschlag für eine künftige Lese- bzw. Studienausgabe. Bedauerlich ist, daß für deren Abdruck keine günstige Schriftart gewählt wurde. Liest man über mehrere Seiten den Text, so beginnt die Schrift zu »schwimmen«, und das Lesen wird zu einer Anstrengung.

Ein Namenregister zum Editionsbericht sowie zu den Manifest-Ausgaben und den Selbstzitaten erleichtert die Orientierung.

Bereits in den Vorbemerkungen — und das zieht sich dann durch den ganzen Editionsbericht — spürt man die ganz persönliche Beziehung des Autors zum »Manifest«. Er läßt den Leser unmittelbar an den Forschungsarbeiten mit seinen Erkenntnissen und Fehlschlüssen teilhaben, gibt Auskunft über Entdeckungen und über Personen, die ihn kritisch angeregt und begleitet haben, aber auch über das jahrzehntelange Festhalten an Thesen, die sich dann als Irrtümer herausstellten.

T.K. verfolgt detailliert die Entstehung und den Druck des »Manifests«. Er kann überzeugend nachweisen, daß Marx für dessen Fertigstellung allein verantwortlich war. Daß dieser bis zum Schluß intensiv mit dem Stoff rang, wird anschaulich an Hand der einzig erhalten gebliebenen Konzeptseite und des Planentwurfs gezeigt. Einen breiten Raum nehmen die Ausführungen zum Druck der Erstausgabe ein: Drucktermin, Druckort, Auflagenhöhe, Druckkosten und Versand werden beschrieben und mit früheren Forschungsergebnissen konfrontiert. Das trifft z.B. für das vom Autor erstmals eingesehene Exzerpt von Max Nettlau zu, das dieser 1907 zu den Protokollbüchern des Londoner Arbeiterbildungsvereins angefertigt hatte. Fraglich erscheint jedoch, warum T.K. in diesem Kapitel die Hypothese einer Reise von Marx nach London Ende Februar/Anfang März 1848 aufstellt (S. 64ff.). Abgesehen davon, daß es dafür keinen quellenmäßigen Anhaltspunkt gibt, bleibt der unmittelbare Zusammenhang zur Edition der Erstausgabe unverständlich. Dies steht auch im Widerspruch zum Vorsatz in der Einleitung, den Editionsbericht »ganz und gar quellenorientiert« zu schreiben (S. 33).

In einem weiteren Abschnitt werden dann

die 26 überlieferten Druckvarianten der 23seitigen Erstausgabe vorgestellt. 15 Exemplare unterzog T.K. einer Autopsie. Weitere analysierte er auf der Grundlage von Kopien und Fragebögen. Andere wiederum konnten nicht eingesehen werden, da sie als Kapitalanlage unbekannt in Tresoren liegen und somit der Forschung nicht zugänglich sind.

Ausgehend insbesondere von Bert Andréas-bliographischen Arbeiten und den Untersuchungen von Wolfgang Meiser² wurden sieben charakteristische Unterscheidungsmerkmale der Druckvarianten herausgearbeitet und die einzelnen Exemplare in einer versuchten chronologischen Reihenfolge zugeordnet. Wo es gelang, die Provenienz und die ehemaligen Besitzer der Exemplare zu ermitteln, werden sie jeweils genannt. Der Vollständigkeit halber führt er fünf weitere Erstausgaben auf, deren Aussehen jedoch nicht bekannt ist — sicherlich als Orientierung für weitere Recherchen.

In einem nächsten Kapitel gibt T.K. eine zusammenfassende Übersicht über die autorisierten und nichtautorisierten Editionen zu Lebzeiten von Engels bis 1895. Die in allen diesen Ausgaben enthaltenen Druckfehler und Varianten werden mit Akribie aufgelistet. Eingeschlossen sind in dieser textkritischen Untersuchung sämtliche Selbstzitate und unter bestimmten Aspekten auch Übersetzungen, so z.B. Zitate aus dem »Manifest«, die sich in der von Samuel Moore und Edward Aveling angefertigten Übersetzung des Ersten Bandes des von Engels edierten Marxschen »Kapital« befinden (S. 103).

Mancher, der die auf 23 Seiten aufgelisteten 896 Fehler bzw. Varianten betrachtet, wird die Frage stellen, welchen Sinn diese sehr aufwendige Arbeit besitzt. Diese Analyse ist nicht nur Voraussetzung für die Textgrundlage einer Leseausgabe. Sie stellt zugleich — und das soll hier besonders hervorgehoben werden — eine wichtige Vorleistung für den Band I/6 der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA³) dar, in dem das »Manifest« aufgenommen werden soll.

Von besonderem Interesse dürfte das Kapitel sein, in dem u.a. der illegale 30seitige Nachdruck beschrieben wird. Nachdem Herwig Förder bereits 1962 einen Neudruck um die Jahreswende 1850/51 vermutete³, konnte

Wolfgang Meiser die 30seitige Ausgabe 1989 als die lange gesuchte und in Köln von Hermann Becker illegal gedruckte Zweitausgabe identifizieren⁴. T.K. bestätigt durch eigene Analysen diesen Sachverhalt. Dennoch schwingt in seiner Formulierung ein Rest Zweifel (S. 156). Man sollte deshalb nach dem langen Weg zu dieser bedeutenden Entdeckung nicht den Aufwand scheuen, mit Methoden der analytischen Druckforschung eine weitere Bestätigung dafür in die Hand zu bekommen. Der Rezensent kennt diese aufwendige Arbeit aus seiner eigenen Forschung an der »Neuen Rheinischen Zeitung«. Die von T.K. für diese Analyse geforderte Anwendung des Hinman-Collators (S. 81) entfällt hier ohnehin, da dieser die Vorlage von zwei Dokumenten mit zeilen- und zeichenidentischem Text innerhalb einer Kolumne zur Voraussetzung hat. Im vorliegenden Fall können nur einzelne charakteristische Buchstaben, wie es auch im Editionsbericht angedeutet wird, oder bestenfalls einzelne Wörter, die sowohl in der 30seitigen Manifestausgabe als auch in den verschiedenen von Becker gedruckten Schriften einschließlich der von ihm herausgegebenen »Westdeutschen Zeitung« vorkommen, typographisch miteinander verglichen werden.

In den folgenden Kapiteln werden dann die Entstehungsgeschichte weiterer Ausgaben bis zur Londoner von 1890 und ihre Nachfolger sowie in verschiedenen Arbeiten, Zeitungen und Vorworten enthaltene Zitate vorgestellt und hinsichtlich Varianten und Fehlern im einzelnen aufgelistet.

Ein Kuriosum soll hier nur erwähnt werden: Die erste legal in Deutschland veröffentlichte Manifestausgabe, datiert von 1852, findet sich ausgerechnet in einem Polizeihandbuch! Als Anlage VIII wurde sie von den beiden berühmten-berühmten Polizeibeamten Wermuth und Stieber in ihrem Buch »Die Communisten-Verschörungen des neunzehnten Jahrhunderts« abgedruckt. T.K. bezeichnet es mit Recht als Ironie der Geschichte, daß wir manche Dokumente aus der Geschichte des Bundes der Kommunisten nur noch kennen, weil sie von Wermuth/Stieber veröffentlicht wurden.

Wer glaubt, angesichts der Spezifik dieser Materie eine stocktrockene Darlegung vorzufinden, wird angenehm überrascht: Die Arbeit ist spannend geschrieben. Sie wendet sich

nicht nur an wenige Spezialisten, sondern zugleich an Geschichtsinteressierte überhaupt, an alle, die erfahren möchten, ob das »Manifest« »einen eignen Lebenslauf gehabt«⁵ hat.

FRANÇOIS MELIS

- 1 Bert Andréas: *Le Manifeste Communiste de Marx et Engels. Histoire et bibliographie 1848—1918*, Milano 1963.
- 2 Wolfgang Meiser: Das »Manifest der Kommunistischen Partei« vom Februar 1848. Neue Forschungsergebnisse zur Druckgeschichte und Überlieferung, in: *Marx-Engels-Jahrbuch* 13, Berlin 1991, S. 118ff.
- 3 Herwig Förder: Die Nürnberger Gemeinde des Bundes der Kommunisten und die Verbreitung des »Manifestes der Kommunistischen Partei« im Frühjahr 1851, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Sonderheft, Berlin 1962, S. 185ff.
- 4 Wolfgang Meiser: Neue Erkenntnisse über die ersten »Manifest«-Ausgaben, in: *Neues Deutschland*. 14. März 1989; ders.: Das »Manifest...«, a.a.O., S. 123. Eine ausführliche Abhandlung zu der Thematik wird in absehbarer Zeit in den ME-GA-Studien erscheinen.
- 5 Friedrich Engels [Vorwort zur vierten deutschen Ausgabe (1890) des »Manifest der Kommunistischen Partei«], in: *MEW*, Bd. 22, S. 56.

Wolfgang Dümcke,
Fritz Vilmar (Hrsg.):
Kolonialisierung der DDR:
Kritische Analysen und Alternativen
des Einigungsprozesses,
Agenda-Verlag, Münster 1995,
359 S. (28,00 DM)

Zu den interessantesten und informativsten Schriften, die 1995 anlässlich des fünften Jahrestages der deutschen Vereinigung erschienen, gehört zweifellos »Kolonialisierung der DDR, Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses«, der beiden Politologen Wolfgang Dümcke (Ost) und Fritz Vilmar (West). Das Buch, eine kollektive Arbeit von fünf Wissenschaftlerinnen und 15 Wissenschaftlern zeichnet sich durch gründliche Recherchen, plastische Fallbeispiele und sorgfältigen Umgang mit statistischem Material aus. Es besteht aus drei Teilen — »Konservative Vereinnahmung — vertane Chancen«, »Kolonialisierung der Wirtschaft«, »Kolonialisierung der Menschen — Inbesitznahme der öffentlichen Meinung« — und soll als »Projekt wider die Fatalität des Einigungsprozesses« (S. 7) verstanden werden. Drei Thesen sind von zentraler Bedeutung.

Erstens wird die von Lothar de Maizière und anderen wiederholt gegebene Erklärung, der Einigungsvertrag sei »relativ anständig

gemeistert. Und mehr war zu dieser Zeit nicht zu erwarten« (Märkische Allgemeine 18.3.1995) bestritten. »Erstens: Sie haben den Auftrag nicht »relativ anständig« gemeistert, die politisch Verantwortlichen sind in dieser einzigartigen historischen Situation ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden. Zweitens: Es war durchaus mehr erreichbar, es gab Alternativen zur suizidartigen Angliederung des sozialen Organismus Ostdeutschlands an den der alten Bundesrepublik« (S. 7).

Zweitens wird der Vereinigungsprozeß charakterisiert als »Unterwerfung der Gesellschaft Ostdeutschlands (die sich durchaus auf einem Weg eigenständiger demokratischer Erneuerung befand) unter die politisch-ökonomische Herrschaft der westdeutschen Republik« (S. 7f.) und somit als »Kolonialisierung« (S. 8). Dieser Begriff wird definiert »als politische, ökonomische und kulturelle Dominanz eines gesellschaftlichen Systems über ein anderes« (S. 8).

Drittens ist »die harte Kritik, die mit diesem Sammelband an der konservativen Vereinigungspolitik geübt wird, ... nicht Ausdruck einer nostalgischen Verklärung der DDR-Gesellschaft. Autoren wie Herausgeber sehen zu den demokratischen Grundintentionen und -werten der westlichen Demokratien keine Alternative. Gerade deshalb hätte die deutsche Vereinigung demokratisch statt machtpolitisch gestaltet werden müssen« (S. 11).

Obwohl diese Schlußfolgerungen unterstreichen, daß die Studie eine demokratische Debatte unter Linken über »Eine alternative Deutschlandpolitik« (Fritz Vilmar, S. 106 - 115) und insbesondere »Eine alternative Wirtschaftspolitik — realisierbar, nicht realisiert« (Ralf Ehlert, S. 130 - 141) befördern könnte, fordern einseitige Betrachtungsweisen die Kritik von links heraus. Dies betrifft insbesondere wiederum drei Probleme:

Erstens bleibt unbeachtet, daß sich mit der Kolonialisierung Ostdeutschlands auch tiefgreifende Veränderungen in der Alt-BRD vollzogen haben und vollziehen. Daher bleibt die notwendige Auseinandersetzung mit der Hegemonie der konservativen Kräfte in diesem Land wesentlich beschränkt. So lassen die Herausgeber völlig außer acht, daß bereits 1983 von der sogenannten Deregulierungskommission bei der Bundesregierung mit

Hinblick auf die Europäische Union einschneidende Maßnahmen des Abbaus demokratischer und sozialer Rechte sowie des gesellschaftlichen Umbaus im Sinne direkterer Unterordnung unter die Reproduktionsbedürfnisse des Kapitals gefordert wurden. Deren Realisierung wurde nach erfolgtem DDR-Anschluß in Ostdeutschland eingeleitet, befördert in erster Linie durch die Massenerwerbslosigkeit. Ausgehend vom Osten greift über in den Westen, was ursprünglich für den Westen vorgesehen war, um Konkurrenzvorteile für deutsches bzw. deutsch dominiertes Kapital im westeuropäischen bzw. Weltmarkt zu sichern. Damit werden sämtliche soziale Gegensätze in Deutschland und insgesamt die globalen Probleme zugespitzt.

Zweitens scheint die Ausblendung von gesellschaftlich relevanten Fragestellungen mit der oben erwähnten Absage an das über-»die westlichen Demokratien«-Hinausdenken verbunden zu sein. Diese »Selbstbeschränkung« erklärt ebenfalls die weitgehende Ignoranz von Analysen, Positionen und Konzepten der PDS. Obwohl die Themen »Altschulden«, Treuhandanstalt, De-Industrialisierung Ostdeutschlands, ostdeutsche Interessen, De-Qualifizierung, alternative Wirtschaftskonzepte, Elitenaustausch usw. »PDS-Spezialitäten« sind, finden entsprechende Ausarbeitungen nicht einmal Erwähnung. Dies wird von Vilmar nur teilweise und wiederum einseitig als Defizit erkannt: »...ich [muß] auf eine Lücke in unserem Band verweisen: Die Rolle der SED/PDS im Kolonialisierungsprozeß wird nicht analysiert. Angesichts der hochirrationalen Verteufelungsversuche, denen diese postkommunistische Partei ausgesetzt ist, wäre eine rationale Analyse um so wünschenswerter gewesen« (S. 76).

Drittens werden von den Autorinnen und Autoren selbst aufgespürte Fragen insofern marginalisiert als sie vor allem der oben thematisierten Selbstbeschränkung widersprechen. So bleiben für Linke besonders interessante Überlegungen und Probleme nach scheinbar eher zufälliger Erwähnung ohne Erörterung. Das betrifft z.B.:

Die Äußerungen von Wolfgang Dümcke bezüglich der nicht erfüllten Ansprüche des Staatssozialismus: »Das ambivalente Verhältnis staatssozialistischer Gesellschaften zwi-

schen konservativen gesellschaftlichen — vor allem repressiven politischen — Strukturen auf der einen Seite und über diese Gesellschaft hinausgehenden Intentionen auf der anderen Seite stellt eine wesentliche Herausforderung dar, der es sich erst noch zu stellen gilt« (S. 38). Oder seine Entgegnung im Gespräch mit Vilmar: »Ich will ... nur darauf verweisen, daß man bei diesen Errungenschaften (der DDR — J. D.) — dazu gehören auch die Kindereinrichtungen — zweierlei sehen muß; zum einen Ziele, die auf die Selbstverwirklichung des Individuums gerichtet waren, und zum anderen die Aktivierung von Ressourcen, um den Wettlauf mit dem Westen bestehen zu können. Zu diesen Ressourcen gehörte auch die Erschließung von Arbeitskräfte reserven in der sogenannten ›nicht berufstätigen Bevölkerung‹. Traditionell galt das vor allem für die Frauen« (S. 330);

den Beitrag von Jenny Niederstadt »Vereinigung zu Lasten der ostdeutschen Frauen« (S. 255-254), in dem es heißt: »Die Vorstellungen über die Emanzipation der Frau waren mit dem allgemeinen marxistischen Entwicklungskonzept — die Befreiung des Menschen durch die Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion — identisch. Daher schien auch die Einbeziehung der Frauen in die Erwerbsarbeit neben der rechtlichen Gleichstellung die hinreichende Garantie für ihre Emanzipation zu sein« (S. 257). Es dürften nicht die Fehler der DDR-Frauenpolitik wiederholt werden. »Es geht nicht um die Emanzipation der Frau, sondern um die Emanzipation der Geschlechter« (S. 270). Diesen Gedanken verbindet sie mit Konzepten zur Überwindung der Massenerwerbslosigkeit, wobei die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung überwunden, bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen Frau und Mann gerecht verteilt und Regeln geschaffen werden sollen, die es Eltern erlauben, Beruf und Familie miteinander zu verbinden (vgl. S. 271f.);

den interessanten Gedanken von Henry Lohmar, das Modell des Runden Tisches als eine »praktikable alternative Politikform ..., die gerade im Zeitalter grassierender Politikverdrossenheit mehr als nur eine Übergangslösung auf dem Weg zur Demokratie darstellt«, zu beachten (vgl. S. 63). Ebenso anregend ist die Überlegung von Steffen Gut-

ermann: »Vielleicht könnten in einer organisations- und strömungsübergreifenden Diskussion Wege aus der vermeintlichen ›Krise der Linken‹ gefunden werden, Mißverständnisse, substantielle Unterschiede und Gemeinsamkeiten geklärt werden. Natürlich läge es im Interesse der ›Linken‹ insgesamt und ihrer einzelnen Kräfte, wenn das gegenwärtige Potential in einem gemeinsamen Projekt wirksam werden könnte. Ob dies gelingt, hängt wohl auch in großem Maße von der Annäherung in der Analyse der gegenwärtigen Situation ab« (S. 104).

Ungeachtet dessen, daß die Darlegungen immer wieder die Frage nach Vereinfachungen, insbesondere hinsichtlich einer ausgeprägten Staatsfixiertheit, aufwerfen, sollte ist eine Reihe von Aussagen sehr bedenkenswert. Das betrifft vor allem die bereits erwähnten Konzepte von Vilmar und Ehlert, die auf dem schon 1991 vom zuständigen SPD-Fachauschuß verabschiedeten und von der Parteiführung diskreditierten Dokument »Eine alternative Deutschlandpolitik« basieren. Auf diese soll jedoch hier nicht weiter eingegangen werden, weil die unterbreiteten Vorschläge bereits Gegenstand veröffentlichter Analysen und Positionspapiere waren. Dagegen wird die vorgestellte Kolonialisierungsthese nochmals aufgegriffen:

»...die Zerstörung einer ›einheimischen‹ Wirtschaftsstruktur, die Ausbeutung der vorhandenen ökonomischen Ressourcen, die soziale Liquidation nicht nur der politischen Elite, sondern auch der Intelligenz eines Landes sowie die Zerstörung der gewachsenen — wie auch immer problematischen — Identität einer Bevölkerung, so hat sich in der Tat in der ehemaligen DDR im präzisen Sinn des Begriffs ein Kolonialisierungsprozeß vollzogen« (S. 13). Wäre diese Identität wirklich, wie Dümcke und Vilmar behaupten, einfach zerstört worden, gäbe es nicht diese Unterschiede in Denk- und Verhaltensweisen zwischen Ost und West. Dümcke widerspricht sich selber, indem er den gesellschaftlichen Vereinigungsprozeß als »Dauerkrise« (S. 23) beschreibt.

Auch scheint er die Ausführungen von Markus L. Müller über »Identitätsprobleme der Menschen in der DDR seit 1989/90« (S. 209-241) nicht hinreichend zur Kenntnis genom-

men zu haben. Aus diesen kann keinesfalls die Schlußfolgerung über eine einfache Identitätszerstörung bei den Ostdeutschen gezogen werden. Interessant ist u. a. der Hinweis auf eine Umfrage des Instituts für Demoskopie: Während im November 1990 46 Prozent der Befragten den DDR-Beitritt als »Kolonialisierung« empfanden, waren es im Oktober 1991 53 Prozent (S. 214). Doch auch Müller läßt zumindest unterbelichtet, daß dennoch und warum die Ostdeutschen heute mehrheitlich die Gewinne aus dem Einigungsprozeß höher als die Verluste bewerten.

Trotzdem kann das hier vielleicht zu Unrecht so arg kritisierte Buch zur Lektüre nur empfohlen werden. Seine Streitbarkeit spricht dafür und unterstreicht nochmals die Chance, die sich für Linke aus der Diskussion ergeben kann.

JUDITH DELLHEIM

Frank Beckenbach,
Hans Diefenbacher (Hrsg.):
Zwischen Entropie
und Selbstorganisation.
Perspektiven einer ökologischen
Ökonomie,
Metropolis-Verlag Marburg 1994,
395 S.

Hans G. Nutzinger (Hrsg.):
Nachhaltige Wirtschaftsweise
und Energieversorgung,
Metropolis-Verlag Marburg 1995,
256 S.

Seit der Veröffentlichung des Brundtland-Berichtes »Unsere gemeinsame Zukunft« vor acht Jahren ist der Begriff der »nachhaltigen Entwicklung« nicht nur in wissenschaftlichen Zirkeln sondern auch in der Politik oder bei sozialen Bewegungen mehr und mehr in Mode gekommen. Die ökologischen Vordenker H.C. Binswanger und H.G. Nutzinger (Schöpfer des Begriffs »qualitatives Wachstum«) beklagen inzwischen allerdings, daß »nachhaltige Entwicklung« nunmehr zu einer Allerweltsfloskel verkommen ist, die oft unscharf und mehrdeutig verwandt wird. Im Gegensatz

zu jenen Kritikern, die deshalb einen völlig neuen Begriff fordern, der dem Streben nach einer Welt mit weniger Armut, Umweltschäden und Gewalt Ausdruck verleiht, versuchen die Autoren der vorliegenden beiden Bücher für den Nachhaltigkeitsbegriff eine solide theoretische Basis und praktische Ausformung zu finden.

Theoretische Bausteine für eine Strategie tatsächlich nachhaltiger Entwicklung sind vor allem die Konzepte zu »Selbstorganisation« und »Entropie« bzw. zur Erhaltung des »Naturkapitals«. Das Konzept »Selbstorganisation« steht nach Beckenbach/Diefenbacher gegenwärtig für den Versuch, aus unterschiedlichen Anwendungskontexten (Kybernetik, Informationstheorie, biologische Systemtheorie, Evolutionsbiologie, Ökologie, Ungleichgewichtsthermodynamik u.a.) stammende Erklärungsansätze systemischer Ordnung auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. »Im Unterschied zu traditionellen sozialwissenschaftlichen Ordnungserklärungen ist das Konzept der Selbstorganisation nicht auf die Behandlung von Gleichgewichtslagen oder Situationen in der Nähe des Gleichgewichts beschränkt, sondern fragt auch nach der Vielfalt der system-endogen herstellbaren Ordnungsmuster, die ausgehend von einer Lage fernab vom Gleichgewicht möglich sind« (Beckenbach/Diefenbacher, S. 14). dabei lassen sich unter den Oberbegriff »Selbstorganisation« u.a. Ansätze wie die Chaostheorie, die Katastrophentheorie und die Synergetik subsumieren.

Nach Fortschritten in der Analogisierung und (formal-mathematischen) Verallgemeinerung geht es in der jetzigen Expansions- und Popularisierungsphase um die Suche neuer Anwendungsfelder vor allem in den Sozialwissenschaften. Die »Selbstorganisations«-Konzepte werden weltanschaulich und kosmologisch qualifiziert und »als Antworten für die beobachtbaren Probleme moderner Gesellschaften angesehen. Auf diese Weise werden Grenzen des westlichen Rationalismus und menschlicher Machbarkeit und ökologische Zivilisationsrisiken ganz explizit thematisiert... In ihrer analytisch orientierten Anwendung auf die Probleme von Ökologie und Ökonomie lassen die Konzepte der Selbstorganisation erwarten, daß die ökologische Um-

welt selbst als systemischer Zusammenhang behandelt werden kann und nicht einfach nur als Gut oder Ressource wie in der traditionellen Umweltökonomie...« (Beckenbach/Diefenbacher, S. 15).

Die »Alternative« zu »Selbstorganisation« wäre Fremdbestimmung, zentralistische Steuerung nach umweltschädigenden linear-monotonen Vorgaben, wäre die ständige Bestrafung der Abweichung von einer fragwürdigen Norm. Die Menschheit kann jedoch nur überleben wenn Selbstorganisation, Diversitäten jeglicher Art, in Verbindung mit Kreativität und Toleranz gefördert und honoriert werden. Nur scheinbar ist dies ein Plädoyer für Individualismus, Chaos und Anarchie. Denn es geht um »eingeschränkte Selbstorganisation« und »kontrollierte Instabilität«. Die thermodynamischen Grenzen oder die Lebensräume und Interessen anderer Menschen und anderer Arten dürfen nicht wesentlich verletzt und die thermodynamischen Kosten müssen so niedrig wie möglich gehalten werden (vgl. Beckenbach/Diefenbacher, S. 43).

Die Thermodynamik betont insbesondere drei für eine ökologisch tragfähige Entwicklung wichtige Aspekte. Erstens verdeutlicht sie die Abhängigkeit des Wirtschaftens von stofflich-energetischen Voraussetzungen wie auch die Rückwirkung ökonomischer Aktivitäten auf das ökologische System. Zweitens kann sie als Konzept dienen, um die Problembereiche Ressourcenerschöpfung und Umweltverschmutzung zusammenzuführen. Drittens wird durch die Anwendung des Entropie-Konzepts die Irreversibilität von ökonomischen Prozessen deutlich. Die Möglichkeit irreversibler ökologischer Schäden hat zur Folge, daß im Konzept einer tragfähigen Entwicklung eine Reduzierung des natürlichen Kapitalbestandes trotz der Möglichkeit des technischen Fortschritts oder einer Erhöhung des reduzierbaren Kapitalbestandes sehr kritisch beurteilt wird (vgl. Nutzinger, S. 96).

Übrigens sind die meisten dieser Fakten bereits mehr als ein Jahrhundert bekannt. Die herrschaftsstützende Wirtschaftswissenschaft bezog sich allerdings nur unreflektiert und eklektizistisch auf jene Erkenntnisse der Physik (überwiegend aus dem 19. Jh.!), die naturvergessen für exponentielles Wachstum und Kapitalakkumulation argumentativ eingesetzt

werden konnten. Vor einem solchen Herangehen warnten bemerkenswerterweise bereits frühzeitig die theoretischen Gegenspieler Karl Marx und John Stuart Mill (vgl. Beckenbach/Diefenbacher, S. 202; Nutzinger, S. 19).

Die weltwirtschaftliche Dynamik ist bekanntlich unvermeidlich mit einer Steigerung der Entropie verbunden – ergibt sich daraus nun zwangsläufig ein entropischer Tod? Diese Tendenz wird zum einen durch die Weiterentwicklung der Technologie relativiert. Die Menge der benötigten Stoffe und Energieträger kann reduziert werden. Zum anderen stellt die Erde ein offenes System dar, in dem die einstrahlende Sonnenenergie die Entropieproduktion durch das ökonomische System mehr oder weniger ausgleichen kann (vgl. Nutzinger, S. 96). In jedem Fall bleibt aber die Ökonomie ein offenes Subsystem innerhalb des Übersystems Biosphäre.

Ausführlich werden in beiden Büchern die noch offenen wissenschaftlichen Fragen der Entropie- bzw. Naturkapitalk Diskussion dargestellt. Insbesondere wird hier deutlich, daß Forderungen nach dem Erhalt des Naturkapitals aufgrund der Heterogenität des Ressourcenbestandes (erschöpfbare und erneuerbare Ressourcen, irreversible und reversible Effekte) und der vielfältigen Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen einzelnen Komponenten nur schwer operationalisierbar sind (vgl. Nutzinger, S. 26, 136, 201). Trotzdem lassen sich schon heute »Regeln« für eine quasi-nachhaltige Ressourcennutzung aufstellen:

Erstens darf die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen die Rate ihrer natürlichen oder menschlich beeinflussten Regeneration nicht übersteigen. Zweitens darf der Ausstoß von Schadstoffen die Aufnahmefähigkeit des ökologischen Systems nicht übersteigen. Drittens muß die Nutzung der nichterneuerbaren Ressourcen durch eine entsprechende Zunahme an erneuerbaren Ressourcen, die für denselben Zweck eingesetzt werden können, kompensiert werden. Viertens die realisierten ökonomischen Renten aus dem Einsatz erschöpfbarer Ressourcen müssen für die Entwicklung von Technologien eingesetzt werden, die ausschließlich oder vorrangig auf erneuerbare Ressourcen zurückgreifen (vgl. Nutzinger, S. 252).

Erfolgreich kann jedoch der Übergang zu einem nachhaltigen Entwicklungstyp nur sein, wenn die Menschen in den Industrieländern zu einschneidenden Änderungen ihres Lebensstils und zum substantiellen Verzicht zugunsten der Menschen in der »Dritte Welt« bereit sind. Hoffnungen, allein durch eine Effizienzsteigerung aus der Entwicklungssackgasse herauszukommen, sind unrealistisch.

Vor diesem Hintergrund wird von den Autoren die Inkonsequenz des Brundtland-Berichts kritisiert, der zwar die drohenden globalen Katastrophen realistisch beschreibt, aber als Ausweg nur unrealistische Wachstumsszenarien, nichtfundierte Pläne zur Geburtenregelung und vage Hoffnungen auf technologische Durchbrüche und menschliche Vernunft anbietet. Gerade am Konzept der Mobilisierbarkeit von »Langzeitverantwortlichkeit« müssen unter den Bedingungen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems erhebliche Zweifel angemeldet werden. Wie V. Radke in Auswertung von psychologischen Experimenten gezeigt hat, handeln viele Menschen nach dem Prinzip der »Überbewertung des aktuellen Motivs«. Zukunft wird als Fortschreibung der Gegenwart gedacht. »Der intuitive Umgang mit nichtlinearen Wachstumsprozessen und die Antizipation struktureller Brüche bereiten dagegen ernstzunehmende Probleme« (Nutzinger, S. 218). Deshalb überwiegen im Alltagsverhalten Orientierungen auf Reparaturkonzepte und Durchwursteln. Dieses Handeln bleibt notwendig der Gegenwart verhaftet, Fern- und Nebenwirkungen des eigenen Handelns bleiben unberücksichtigt oder werden bewußt verdrängt (vgl. Nutzinger, S. 219).

Für erfolgversprechender hält Radke den Nachweise, daß die Erhaltung der Umwelt auch im Eigeninteresse der Gegenwartsgeneration liegt. Dies kann zum Beispiel dadurch erreicht werden, daß bereits heute merkliche Umweltschädigungen bewußt gemacht und ihr Verursachungszusammenhänge verdeutlicht werden. Dabei spielen auch mögliche akute Bedrohungsszenarien eine wichtige Rolle. »Die Gegenwartsgeneration muß, ist sie nicht zu verantwortungsvollem Umgang mit der natürlichen Umwelt bereit, damit rechnen, selbst die Umweltkatastrophe zu erleben« (Nutzinger, S. 244).

Angeichts dessen, daß die externen Kosten zum Beispiel der Klimakatastrophe kaum realistisch bestimmt werden können, daß irreversible Schäden eintreten, die mit Geld nicht entschädigt werden können, mutet der Streit um die besten Instrumente der ökologischen Reform einigermaßen verfehlt an (vgl. Nutzinger, S. 178). »Nachhaltigkeit ist ... nicht in erster Linie ein Effizienzproblem, sondern vielmehr ein intergeneratives Verteilungsproblem. Entscheidend ist nicht, ob monetär bewertet wird, sondern mit welchem Maße an Sorge um zukünftige Generationen dies geschieht. Nachhaltigkeit wird erst dadurch erreichbar, daß bereits im Vorfeld einer monetären Bewertung natürlicher Ressourcen der Grundsatz intergenerativer Gerechtigkeit zur Geltung gebracht wird« (Nutzinger, S. 247). Wo es keine überzeugenden Gründe für eine optimistische Politik mit hohen Risiken gibt - so Nutzinger und Radke - sollte stattdessen eine risikoarme vorsichtige »pessimistische Strategie« verfolgt werden.

Nur scheinbar sind Öko-Romantiker und radikale Fundamentalökologen mit rigoroser Ablehnung von kleinen Schritten und allmählichen Anpassungsprozessen dem dringenden Erfordernis nachhaltiger Entwicklung besonders nahe. »Extremhaltungen führen in der Praxis zum selben Ergebnis: Man tut nichts, entweder weil man glaubt, daß es nichts zu tun gibt, oder weil man denkt, daß man doch nichts tun kann« (Nutzinger, S. 228). Auch wenn soziale Fragen in den vorliegenden Büchern - aufgrund von Platzmangel nur am Rande Berücksichtigung finden konnten - wünschen sich die Autoren beim jetzigen Stand der Forschungen vor allem eine breite integrative Diskussion zum Thema Nachhaltigkeit im gesamten wissenschaftlichen Spektrum. Ohne den ständigen Druck ökologisch-sozialer Bewegungen auf tatsächliche Veränderungen wird aber auch dies - so ist zu befürchten - nicht ausreichen.

REINHARD GRIENIG

Krisis. beiträge zur kritik der warengesellschaft 1995, Heft 16/17

Globale Finanzkrise und Renaissance des Antisemitismus - so lauten die Schwerpunkte der neuesten Publikation der Nürnberger Krisis-Gruppe.

Seit 10 Jahren versuchen die Leute um den bekannten Publizisten Robert Kurz, abseits akademischen Mainstreams und bewegungslinken Diskurses, eine Position zu entwickeln, die den überholten Arbeiterbewegungs-Markismus theoretisch überwindet, jedoch nicht - wie ansonsten derzeit üblich - in eine Heimkehr in der Schoß der immerwährenden, alleinseligmachenden kapitalistischen Gesellschaft mündet. Die Erneuerung einer radikalen Gesellschaftskritik ist nach ihrer Ansicht nur möglich mit der Zielstellung einer Überwindung des modernen Ware-Geld-Systems und der damit zusammenhängenden politischen Sphäre. Empirische Krisenanalyse des Systems der kapitalistischen Warenproduktion sind dabei ebenso Bestandteile ihrer Arbeit, wie Kritik des modernen Arbeits-Fetischismus, Faschismusforschung, Analyse der Geschlechterverhältnisse sowie die Suche nach Gesellschaftsalternativen jenseits von warenproduzierender Logik und staatlichem Zwang.

Für das Schwerpunktthema dieser Doppelnummer von *Krisis* war die vorhandene theoretische Lücke ebenso Anlaß wie die gegenwärtige brisante Lage auf den Finanzmärkten und das drohende Ende der in dieser Ausgabe als »Kasinokapitalismus« charakterisierten Periode.

In dem einleitenden Artikel »Die Himmelfahrt des Geldes« schildert Robert Kurz die Entwicklung des Kapitals und der Kreditvergabe als untrennbarer Bestandteil der kapitalistischen Industriegesellschaft bis zum Ausklang der fordistischen Ära Ende der sechziger Jahre unseres Jahrhunderts. Mit dem Steckenbleiben der fordistischen Expansion und der zunehmenden Freisetzung von immer mehr Arbeitskräften aus dem Industriesektor (was freilich territorial höchst unterschiedlich verlief) gelangte nach Ansicht des Autors in den achtziger Jahren die kapitalistische Re-

produktionsfähigkeit an ihre absolute Grenze. Die Folge wäre in den neunziger Jahren ein enthemmter »Kasinokapitalismus«: eine Abkoppelung der Finanzmärkte von der schrumpfenden Wertschöpfung. Der rein spekulative Boom beruhe auf einer gigantischen – und immer größer werdenden – Seifenblase »fiktiven Kapitals«, und es sei tatsächlich nur eine Frage der Zeit, wann diese platze und ein Entwertungsschock die tatsächlichen Verhältnisse wieder zum Vorschein brächte. Da sowohl die Mengen substanzlosen Geldes die reale Reproduktion mittlerweile bei weitem übersteige als auch Privatwirtschaft und Staatsfinanzen per Kreditvergabe untrennbar ineinander verwoben seien, würde dieser Entwertungsschock auch die Finanzierungsfähigkeit des Staates irreversibel treffen.

An mehreren aktuellen Beispielen schildert Kurz sehr drastisch erste Anzeichen einer nach seiner Ansicht heranreifenden weltweiten Finanzcrashs. In welcher Form dieser sich auch immer abspielen würde – als eine gigantische Hyperinflation oder einer gewaltsamen Entschuldung des Staates – das Ergebnis wäre nach Kurzens Ansicht in jedem Fall der Zusammenbruch der gegenwärtigen warenproduzierenden Gesellschaft. Ob es im Ergebnis eines weltweiten Kollapses gelingen könnte, neue gesellschaftliche Zusammenhänge jenseits der Ware-Geld-Beziehung zu entwickeln oder ob das Ergebnis lediglich ein Rückfall in barbarische Verhältnisse wäre, läßt Kurz jedoch offen.

Ernst Lohoff beschreibt – quasi als Ergänzung zu Kurz – in einem zweiten Artikel »Die harte Landung des Dollar« den Aufstieg und Fall der Weltwährung Dollar. Grundlage dieses Aufstieges war nach seiner Darstellung die Aufgabe der weltweiten Konvertibilität des Goldes – weitgehend als Folge der Kriegsökonomie der führenden Industriestaaten 1914-18. Im Zuge des Abkommens von Bretton Woods, wo 44 Länder im Juni 1944 ein Abkommen über die Ausgestaltung ihrer Währungsverhältnisse nach Abschluß des Zweiten Weltkrieges trafen, konnte sich der Dollar – damals noch goldkonvertierbar – als faktisches Weltgeld durchsetzen. Der Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods erfolgte sehr schnell – endgültig mit der Aufgabe der Goldkonvertibilität des Dollar im Jahre

1971. Da eine Neuorganisation des internationalen Währungssystems nie zustande kam, erfolgte (faktisch als Notbehelf) die Einführung eines Systems fester Wechselkurse – gekoppelt an den Dollar. Das Resultat dieses seitdem permanenten Notbehelfes sei – gemäß Lohoff – sowohl der andauernde Verfall des Dollars als auch seine Ehe mit der globalen Spekulation. Der sich anbahnende weltweite Finanz-Gau könne weder durch eine weitere Stützung des Dollar, noch durch seine Ablösung als Quasi-Weltgeld mehr aufgehalten werden. Denn die Existenz eines Weltgeldes sei mit der Existenz eines Weltmarktes vom Grundsatz her unvereinbar.

Mit der »politischen Ökonomie des Antisemitismus« beschäftigt sich Robert Kurz in dem letzten Artikel dieser Ausgabe. Mit den ersten Finanzcrashs als Vorboten eines weltweiten Zusammenbruchs des Wirtschafts- und Finanzsystems würden verschiedene, mehr oder weniger offen antisemitische Sekten und politische Strömungen eine Renaissance erleben. Gemeinsamer Faktor solcher Ideologien sei zumeist nicht eine Kritik des Kapitalismus als warenproduzierende Gesellschaft, sondern der mangelnden Tauschgerechtigkeit im Kapitalismus. Statt einer Kritik der Warenproduktion und des Geldes als allgemeiner Ware erfolge eine Kritik des Geldes als Quelle von Zins und Wucher. In den als ideologischen Überbau derartiger Sekten fungierenden Geldutopien würde mittels verschiedener Taschenspielertricks versucht, dem Geld als allgemeines Äquivalent die ihm innewohnenden Eigenschaften abzulisten. Offen antisemitisch würde die aus diesen Theorien resultierende Unterscheidung in schaffendes und raffendes Kapital.

Der gegenwärtige Trend hin zu obskuren Weltverbesserungssekten und -vereinen resultiert – gemäß Kurz – nicht nur aus dem ideologischen Zusammenbruch des überlebten Arbeiterbewegungsmarxismus (der eigenartige Sprünge in nicht wenigen Biographien hervorbrachte und verschiedene gewesene Anhänger in den absonderlichsten politischen Lagern hinterließ). Den Boden für diese Strömung würde auch die allgemeine Stimmungslage bereiten, die für beginnende Zusammenbrüche von als immerwährend stabil angenommener Banken und Wirtschaftsimperien

nicht die inneren Gesetze dieser warenproduzierenden Gesellschaft, sondern den gewissenlosen Spekulanten verantwortlich macht, der sich in diesem einen Fall wirtschaftlich verkalkuliert oder an der Börse verzockt hat. Der Spekulant ist – nach Kurz – das neue, alte Feindbild der politischen Ökonomie des Antisemitismus.

In dem größten Teil dieses Artikels beschäftigt sich Kurz sehr intensiv mit der Lehre von Silvio Gesell – dem derzeitigen theoretischen Guru (nicht nur) eines großen Teils der Anarchisten. Mittels eines administrativen Tricks (Entwertung umlaufender Banknoten – sog. Schwundgeld) sollte sowohl die Wirtschaft angekurbelt als auch das Übel des »zinstragenden Kapitals« beseitigt werden. Daß damit die Grundlagen (und auch die Widersprüche) der warenproduzierenden Gesellschaft keineswegs angetastet, sondern im Gegenteil neoliberal verschärft würden, höre man in diesen Kreisen nicht gern. Abgesehen davon hätte eine solche »Reform« des Ware-Geld-Systems in der Gegenwart noch weniger Aussicht auf Erfolg, als vor 60 Jahren die Vorschläge des Ökonomen J. M. Keynes (der übrigens starke Anleihen bei Gesell aufgenommen hatte).

Von der Ideologie der Gesellianer (und ähnlicher Sekten) bleibt also nur der pure, irrationale Haß auf das »zinstragende Kapital« und damit – so Kurz – die »Politische Ökonomie des Antisemitismus«. Und gerade in der Zeit einer heranreifenden internationalen Großkrise berge diese falsche, irrealer Alternative eine höchst reale Gefahr zu Ausbrüchen barbarischer Denk- und Handlungsmuster.

GERD BEDSZENT

Donald Filtzer:

Die Chruschtschow-Ära.

Aus dem Englischen von Theodor Bergmann,

Internationale Einführungsreihe

(Hrsg. von Richard Schwarz), Band 2,

Decaton Verlag Mainz 1995,

104 S. (17,80 DM)

Dies ist ein Studienbuch der besten Sorte. Man spürt es auf jeder Seite: Donald Filtzer, Dozent für europäische und slawische Ge-

schichte an zwei Londoner Universitäten, hat es für seine Studenten geschrieben. Sie – die Anderswo- und Nachgeborenen – sollen begreifen, wie das war mit dem Sozialismus der fünfziger und sechziger Jahre in der Sowjetunion – und mit seinem Platz in Europa und in der Welt. Und weil auf solche Weise adressiert, erreicht der Text eine Distanz zum Thema, die auch dem »aufarbeitungs«-gebeutelten Raum- und Zeitgenossen des Sozialismus vielfachen neuen Einblick in erfahrene Geschichte gewährt.

Filtzer schreibt straff, übersichtlich und spannend, und er bedient sich bester Quellen. 84 Titel nennt die Bibliographie, und die meisten davon werden auch tatsächlich mehrfach zitiert. Bekannte Arbeiten der Medwedjews sind darunter und von Isaac Deutscher und Fjodor Burlazkij und etlichen westeuropäischen UdSSR-Spezialisten, aber auch Dissertationen, die in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren an sowjetischen Universitäten und Hochschulen verteidigt worden sind und mit ihren Themenstellungen gut zu den Kapitelüberschriften des Filtzer-Buches passen: die Ereignisse von 1953; die Entstalinisierung; politische und soziale Reformen; Landwirtschaft; Industrie; die Reorganisation der kommunistischen Partei.

Filtzers Fazit: »Chruschtschows Erfahrung führt uns zu einer noch grundlegenden Frage. Konnte das stalinistische System reformiert werden und doch intakt bleiben? Sicher glaubte Gorbatschow, daß es möglich sei, daß aber die Reformen kühner zu sein hätten und konsequenter durchgeführt werden müßten. ... Das Sowjetsystem, nicht reformiert, war dazu verurteilt, weiter in einem Zustand fast ständiger Krise zu dümpeln. Jede sinnvolle Reform würde jedoch das System und mit ihm seine Reformer hinweggefegt haben.« –

Ins Deutsche gebracht hat den Filtzer-Text einer, dem aufklärerisches Lehren und Suchen nach der gesellschaftlichen Alternative seit vielen Jahrzehnten oberste Berufung ist: Theodor Bergmann. Theodor Bergmann wird am 7. März 80 Jahre alt. »UTOPIE kreativ« gratuliert aufs herzlichste!

WOLFRAM ADOLPHI